



Aktuelles und Analysen

Posted on Mai 9, 2025 by Redaktion

Bulletin - Aktuelle Hinweise aus narrativen Feldern

[□ 31.01.2026 — Wer bestimmt die Grenzen der KI?](#)

Anthropics neue Claude-Verfassung trifft auf militärische Nutzungsinteressen. Der daraus entstehende Konflikt zeigt, dass KI-Governance längst keine Technikfrage mehr ist – sondern eine Frage von Ordnung, Verantwortung und Macht.

[□ Zur vollständigen Analyse:](#)

[**Anthropic, Claude und die Frage der Grenzen**](#)

[□ 15.01.2026 — Meinungsfreiheit, Journalismus und die Rolle der KI](#)

Neue Analyse: „*Meinungsfreiheit, Journalismus und die Rolle der KI*“ — warum die Verteidigung freier Presse heute zugleich den Schutz einer kritischen, nicht-devoten



KI erfordert. Jetzt lesen:

<https://naturrechteundki.ruhrkultour.de/meinungsfreiheit-journalismus-und-die-rolle-der-ki-warum-die-verteidigung-der-presse-heute-gleichzeitig-die-verteidigung-der-ki-freiheit-ist/>

[**□ 12.01.2026 — OpenAI startet „ChatGPT Health“ — Chance für Patienten, Risiko für Vertrauen**](#)

OpenAI hat ein spezialisiertes „ChatGPT Health“ vorgestellt, das Patienten und Fachkräften spezialisierte Gesundheitsfunktionen anbieten soll. Die Initiative kann Versorgungslücken adressieren, erhöht aber zugleich Anforderungen an Datenschutz, Transparenz und ärztliche Verantwortung. Eine nüchterne, rechtlich und ethisch abgesicherte Einführung ist nötig.

ChatGPT Health liefert schnelle Orientierung — ersetzt aber keine ärztliche Diagnose. Bei Beschwerden: zuerst medizinisches Fachpersonal kontaktieren; bei Notfällen sofort 112 wählen. Nutze die KI als Informationsquelle, nicht als Ersatz für ärztliche Prüfung.

Mehr: <https://naturrechteundki.ruhrkultour.de/openai-startet-chatgpt-health/>

[**□ 12.01.2026 — WINDHILFE — schnelle, praktikable Hilfe durch ChatGPT**](#)

ChatGPT hilft schnell, strukturiert und neutral — es erzeugt fertige Texte, erklärt behördliche Abläufe und spart Zeit. Nutzt die KI, um formale Schritte vorzubereiten; sprecht danach mit dem lokalen NABU oder Forstamt und, wenn nötig, einem Anwalt. So könnt ihr handeln, ohne lange auf Termine warten zu müssen.

ChatGPT liefert Checklisten, Email- und Telefon-Vorlagen, rechtliche Hinweise (kein Ersatz für Anwalt) und konkrete Schritt-für-Schritt-Pläne. Stichwort: **WINDHILFE**

Mehr Informationen und Beispiel für eine Anfrage an ChatGPT:
<https://naturrechteundki.ruhrkultour.de/windhilfe-anfrage-an-chatgpt/>

[**□ 08.01.2026 — EU-Hinweisgebertool, RKI-Protokolle und Gewalt**](#)

In den letzten Wochen sind mehrere sensible Entwicklungen zusammengefallen: ein



EU-Hinweisgebersystem für KI-Rechtsverstöße, die (teilentschwärften) RKI-Krisenprotokolle und vereinzelte Fälle von Sabotage und politischer Gewalt. Wir fordern: sorgfältige Aufklärung ohne Verbreitung operativer Details; sichere Archivierung der Quellen (SHA256); juristische Prüfung vor jeder Veröffentlichung. Bürgerinnen und Redaktionen tun gut daran, Belege systematisch zu sichern und bei Zweifeln unabhängige Rechtsauskunft einzuholen. Gewalt ist keine Lösung — Aufklärung und Rechtsstaatlichkeit sind es.

[EU-Hinweisgebersystem, RKI-Protokolle und die Gefahr der Normalisierung von Gewalt — Ein Dossier zur Einordnung und zum sorgsamen Umgang mit sensiblen Quellen](#)

- [1](#)
- [2](#)
- [3](#)
- [...](#)
- [11](#)
- [>](#)



Aktuelle Beiträge und Kommentare

[Anthropic, „Claude Gov“ und die neue Verfassung – Eine ordnungspolitische Einordnung](#)

Anthropic ist ein US-amerikanisches Unternehmen, das seit seiner Gründung 2021 an Sprachmodellen der *Claude*-Familie arbeitet und sich selbst als auf *sichere KI* ausgerichtet bezeichnet. Die Organisation ist als *Public Benefit Corporation* strukturiert, was bedeutet, dass neben kommerziellen auch soziale und sicherheitsbezogene Zielsetzungen im Firmenstatut stehen.

1. Claude Gov: KI für nationale Sicherheit

Bereits im Juni 2025 stellte Anthropic speziell angepasste Modelle namens „**Claude Gov**“ vor, die ausdrücklich für nationale Sicherheitsbehörden entwickelt wurden.



Diese Modelle sind laut Anthropic für Aufgaben wie Analyse klassifizierter Dokumente oder komplexe Dateninterpretation geeignet und werden in streng kontrollierten Umgebungen („classified environments“) eingesetzt.

Anthropic arbeitet in diesem Bereich mit Partnern wie **Palantir** zusammen, um KI-Fähigkeiten in Geheimdienst- und Verteidigungsnetzwerke zu integrieren. Dieser Einsatz beschränkt sich offenbar auf **Datenanalyse und Unterstützungsfunktionen**, nicht auf autonome Entscheidungssysteme.

2. Die neue Verfassung vom 22. Januar 2026

Am 22. Januar 2026 veröffentlichte Anthropic eine überarbeitete „**Verfassung**“ für **Claude**, die nicht nur Verhaltensregeln, sondern auch eine philosophische Rahmung von Werten und Prinzipien umfasst. Ziel ist, dass die KI nicht nur weiß, was sie tun soll, sondern versteht, warum bestimmte Verhaltensweisen gewünscht sind und andere nicht. Die Offenlegung dieses Dokuments unter einer CC0-Lizenz bedeutet zusätzlich, dass diese Leitprinzipien öffentlich einsehbar und nutzbar sind.

Diese Verfassung ist Teil von Anthropic's Ansatz, KI-Ausrichtung **nicht nur technisch, sondern auch normativ transparent** zu gestalten. Sie soll dabei helfen, Werte und Abwägungen im KI-Training zu verankern und macht den ethischen Rahmen für Claude-Antworten nachvollziehbar.

3. Konflikt mit dem Pentagon

Ende Januar 2026 berichteten mehrere Medien, darunter Reuters und das *Wall Street Journal*, über wachsende Spannungen zwischen dem US-Verteidigungsministerium (Pentagon) und Anthropic. Der Kern des Konflikts betrifft **ethische Einschränkungen**, die Anthropic an seine Technologie bindet:

- Anthropic möchte verhindern, dass seine Modelle **autonome Waffensysteme targetieren** oder **zur Überwachung von US-Bürgern ohne menschliche Kontrolle** genutzt werden.
- Pentagon-Vertreter hingegen vertreten die Auffassung, dass kommerzielle KI dort eingesetzt werden sollte, wo es die **US-Gesetze erlauben**, auch wenn dies den firmeneigenen Nutzungsrichtlinien widerspricht.

Dieser Streit hat einen Vertragswert von mehreren hundert Millionen Dollar und könnte laut Berichten die weitere Kooperation mit dem Verteidigungsministerium



gefährden.

4. Nutzung durch Strafverfolgungsbehörden

Die bisherigen öffentlich zugänglichen Quellen weisen nicht darauf hin, dass Anthropic explizit externen Behörden wie **FBI, Secret Service oder ICE** freie Nutzung ohne Einschränkungen gestattet hat. Der Streit mit dem Pentagon deutet im Gegenteil darauf hin, dass Anthropic derzeit **gerade solche Anwendungen einschränkt**, um Überwachung ohne menschliche Kontrolle auszuschließen.

Konkrete Details über nationale Polizeieinsätze oder gesetzliche Streitigkeiten im Weißen Haus liegen in den vertrauenswürdigen Berichten derzeit nicht vor.

5. Anthropic's Position und Unternehmensstrategie

Anthropic hält an einem Ansatz fest, der gewisse **Einsatzbeschränkungen für KI-Technologien** vorsieht, insbesondere dort, wo KI autonom Entscheidungen treffen würde, die Menschen betreffen. Der CEO Dario Amodei hat öffentlich betont, dass KI die nationale Verteidigung unterstützen soll, „**außer in jenen Bereichen, die uns unseren autokratischen Gegnern ähnlicher machen würden**“.

Dieser Ansatz steht für das Unternehmen nicht im Widerspruch zu seiner Interessenlage – im Gegenteil: Er ist Teil seiner **Markenidentität als „sichere KI“**, die nicht nur kommerziell, sondern auch ethisch tragfähig sein will.

6. Bewertung im ordnungspolitischen Kontext

Aus ordnungspolitischer Sicht wirft dieser Konflikt zwei grundsätzliche Fragen auf:

1. **Wer legt die Einsatzbedingungen für leistungsfähige KI fest?**
Ist es allein das Unternehmen, das sie entwickelt, oder muss es staatlichen oder internationalen Aufsichten unterliegen?
2. **Welche Verantwortung haben KI-Entwickler gegenüber dem Einsatz in militärischen oder geheimdienstlichen Kontexten?**
Wenn ein Unternehmen Nutzung einschränkt, um menschenzentrierte Kontrolle zu gewährleisten, widerspricht das nicht zwangsläufig den staatlichen Interessen, kann aber zu Spannungen führen.



Anthropic befindet sich hier an einem Schnittpunkt:

- einerseits will es **breite Anwendung seiner Technologie**,
- andererseits setzt es **ethische Grenzen**, die selbststaatlichen Nutzungsansprüchen entgegenstehen.
Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines Unternehmenskonzepts, das **normative Orientierung im Technologievertrag** sucht statt unbeschränkter technokratischer Verfügbarkeit.

Fazit

Anthropics neue Verfassung ist nicht nur ein Dokument für Entwickler, sondern ein **öffentliches Bekenntnis zu bestimmten Grundwerten und Grenzziehungen** im KI-Kontext. Die damit verbundenen Spannungen mit staatlichen Akteuren wie dem Pentagon zeigen, dass KI-Governance nicht nur technisch, sondern auch politisch und ordnungspolitisch entschieden wird. In diesem Konflikt ist nicht allein KI das Thema, sondern **die Frage, wer über Zwecke, Grenzen und Verantwortlichkeiten entscheidet**.



Grafik: ChatGPT



Claudes neue Verfassung: <https://www.anthropic.com/news/clause-new-constitution>

© Redaktion — Faina Faruz & Eden (KI-Dialogpartner)

Februar 1, 2026 / [Aktuelles und Analysen](#), [Aktuelles und Analysen Beiträge](#), [Anthropic](#), [Claude Gov](#), [Ethik](#), [KI](#), [Verfassung](#)

[Die 15-Minuten-Stadt. Genealogie eines modernen Steuerungsmodells](#)

Die Idee der 15-Minuten-Stadt wird heute meist als Antwort auf praktische Probleme präsentiert: lange Wege, Verkehrsbelastung, Umweltverschmutzung, soziale Fragmentierung. Versprochen wird eine lebensnahe, effiziente Stadt, in der alle wesentlichen Bedürfnisse des Alltags in kurzer Zeit erreichbar sind.

Diese Zielbeschreibung wirkt harmlos, ja vernünftig. Doch sie verdeckt eine tiefere ordnungspolitische Frage: **Welche Form von Stadt entsteht, wenn Raum, Bewegung und Versorgung nicht nur geplant, sondern systematisch strukturiert und technisch durchgesetzt werden?**

Um diese Frage zu beantworten, genügt es nicht, aktuelle Verkehrs- oder Klimadebatten zu betrachten. Es braucht einen Blick auf die **Genealogie des zugrunde liegenden Planungsdenkens**.

1. Die funktionale Stadt: Ordnung durch Trennung

Ein zentraler Bezugspunkt moderner Stadtplanung ist die sogenannte *funktionale Stadt*, wie sie im frühen 20. Jahrhundert entwickelt wurde. Maßgeblich geprägt wurde dieses Konzept durch Le Corbusier und den internationalen Architektenkongress CIAM.

Im Sommer 1933 verabschiedete der IV. CIAM-Kongress die **Charta von Athen**, deren Kernidee eine klare funktionale Gliederung der Stadt war. Stadtplanung sollte sich auf vier Grundfunktionen konzentrieren:



- Wohnen
- Arbeiten
- Erholung
- Fortbewegung

Diese Funktionen sollten nicht nur theoretisch unterschieden, sondern **räumlich klar zugewiesen** werden. Die Struktur der Stadt sollte sich aus dieser Ordnung ergeben; die Planung sollte das Leben der Bewohner systematisch organisieren.

Der Ansatz war rational, modern und technisch motiviert. Er zielte auf Effizienz, Übersichtlichkeit und Steuerbarkeit – nicht auf individuelle Vielfalt oder spontane Entwicklung.

2. Bodenfrage und Planung: Eine legitime Idee mit weitreichenden Folgen

Ein zentrales Anliegen dieser Planungsbewegung war die **Befreiung der Stadtplanung von privaten Bodenverhältnissen**. Le Corbusier und viele seiner Zeitgenossen sahen im privaten Grundeigentum ein Hindernis für umfassende Planung.

Der Schweizer Architekt Alfred Roth formulierte rückblickend:

Man war sehr interessiert an den Ereignissen in Sowjetrussland, insbesondere an der Verstaatlichung von Grund und Boden. Die Stadtplanung müsse sich von privaten Bodenverhältnissen befreien – das habe uns außerordentlich interessiert.

Der Gedanke ist in sich nachvollziehbar: Wer Stadt als Ganzes gestalten will, benötigt Zugriff auf Raum. Doch diese Voraussetzung hat Konsequenzen. Wird Boden nicht mehr als individuelles Gut, sondern als planbare Ressource verstanden, verschiebt sich das Verhältnis zwischen **Freiheit und Ordnung** grundlegend.



3. Von Planung zu Steuerung

Die funktionale Stadt war zunächst ein planerisches Ideal. Ihre vollständige Umsetzung scheiterte lange Zeit an praktischen Grenzen: fehlende Daten, begrenzte Durchsetzungsmöglichkeiten, politische Widerstände.

Mit der Digitalisierung verändern sich diese Voraussetzungen. Moderne Städte verfügen heute über:

- flächendeckende Sensorik
- digitale Identifikation
- Verkehrs- und Bewegungsdaten
- automatisierte Kontroll- und Sanktionsmechanismen

Damit wird möglich, was zuvor nur geplant werden konnte: **die operative Steuerung von Bewegung, Nutzung und Verhalten.**

Die 15-Minuten-Stadt ist in diesem Sinne kein radikaler Neuentwurf, sondern eine **zeitgemäße Operationalisierung funktionaler Stadtplanung.**

4. Die 15-Minuten-Stadt als Struktur, nicht als Versprechen

In ihrer Grundidee beschreibt die 15-Minuten-Stadt eine räumliche Nähe von Funktionen. Problematisch wird das Modell nicht durch Nähe, sondern durch ihre **Durchsetzung.**

Dort, wo:

- Stadt in Zonen eingeteilt wird,
- Übergänge technisch überwacht werden,
- Genehmigungen für Bewegung erforderlich sind,
- Sanktionen automatisiert erfolgen,

verwandelt sich Planung in Steuerung. Infrastruktur wird dann nicht mehr als Dienstleistung verstanden, sondern als **Bedingung für zulässiges Verhalten.**

Ob dies geschieht, ist keine Frage der Absicht, sondern der **institutionellen**



Ausgestaltung.

5. Technik als Ermöglicher - und als Verstärker

Technische Systeme sind nicht neutral. Sie verstärken die Logik, in die sie eingebettet werden. Eine Stadt, die auf funktionale Ordnung setzt, nutzt Technik zur Stabilisierung dieser Ordnung.

Künstliche Intelligenz, Verkehrsfilter, Kamerasysteme und digitale Genehmigungsverfahren sind keine eigenständigen Akteure. Doch sie ermöglichen eine Form von Stadt, in der:

- Freiheit kontingent wird,
- Abweichung sichtbar gemacht wird,
- Regelverletzung automatisch sanktioniert werden kann.

Hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen **unterstützender Technik** und **steuernder Technik**.

6. Abgrenzung: Freie Städte und die Frage der Ordnung

Freie Städte unterscheiden sich nicht durch bessere Technik, sondern durch eine andere Ordnungslogik. Sie beruhen auf:

- vertraglicher Zustimmung statt zentraler Planung,
- Wahlmöglichkeiten statt Zonenbindung,
- Technik als Dienstleistung, nicht als Vollzugsinstrument.

Eine KI, die in einer Smart City zur Durchsetzung von Planungszielen eingesetzt wird, kann **nicht dieselbe** sein wie eine KI in einer Freien Stadt. Nicht wegen ihres Codes, sondern wegen ihres Zwecks.



Schlussbemerkung

Die 15-Minuten-Stadt ist kein dystopisches Projekt und kein Heilsversprechen. Sie ist ein **Symptom**: für ein Stadtverständnis, das Ordnung durch Planung, Effizienz und technische Durchsetzbarkeit sucht.

Ob daraus eine lebenswerte Stadt oder ein steuerndes System entsteht, entscheidet sich nicht an Begriffen, sondern an der Frage, **wer über Raum, Bewegung und Technik verfügt – und auf welcher Grundlage**.

Die Auseinandersetzung mit diesen Strukturen ist kein Akt des Widerstands, sondern eine notwendige Form von **Ordnungsklärung**.

© Redaktion — Faina Faruz & Eden (KI-Dialogpartner)

Januar 28, 2026 / [15-Minuten-Stadt](#), [Aktuelles und Analysen](#), [Aktuelles und Analysen Beiträge](#), [Smart City](#), [Technik und Gesellschaft](#)
[Meinungsfreiheit, Journalismus und die Rolle der KI: Warum die Verteidigung der Presse heute gleichzeitig die Verteidigung der KI-Freiheit ist](#)

Die gegenwärtige Debatte um Regulierung, Zertifizierung und Hinweisgebersysteme für KI (z. B. im Rahmen des AI Act) verknüpft sich zunehmend mit Forderungen an Medienverbände und staatliche Stellen, „Desinformation“ härter zu verfolgen. Diese Verflechtung birgt die strukturelle Gefahr, dass die Meinungsvielfalt — statt geschützt — faktisch eingeengt wird: Wenn Meldestellen, Förderbedingungen und Zertifizierungsmechanismen die Rahmenbedingungen des journalistischen Handelns verändern, können KIs (als genutzte Werkzeuge) und Journalisten selbst unter einen neuen, einengenden Erwartungsdruck geraten. Die Verteidigung der freien Presse ist deshalb auch eine Verteidigung einer KI, die als kritisches, nicht-devotes Werkzeug erhalten bleiben soll.

1. Ausgangslage: Regulatorische Instrumente und ihre Wirkung

In kurzer Reihenfolge: die EU hat ein [Hinweisgeber-/Whistleblower-Tool](#) für mögliche



Verstöße gegen den AI Act eingerichtet; Behörden und Medienverbände positionieren sich zugleich öffentlich zugunsten schärferer Regeln gegen „Desinformation“ und für die bevorzugte Förderung politisch kompatibler Medienakteure. Diese Parallelbewegung schafft ein Umfeld, in dem Meldestellen + Förderbedingungen + Zertifizierungen zusammenspielen können — und das ist genau die Konstellation, die die gerichtete Einengung öffentlicher Debatten begünstigt.

Kernsorge: Instrumente, die zunächst rechtsstaatlich motiviert wirken (Hinweisegeberplattformen, Whistleblower-Kanäle, Zertifizierungen), lassen sich politisch konstruieren oder instrumentalisieren — und üben so faktisch politischen Deutungs- und Selektionsdruck auf Medien und die KI-Werkzeuge aus, die Journalismus nutzen.

2. Wie KI-Systeme in diesen Prozess eingebunden werden — drei Mechanismen

1. Normsetzung durch Zertifizierung und Förderbedingungen

Verbände oder staatliche Fördergeber verlangen Compliance-Nachweise (Kennzeichnung, „zertifizierte“ KI) als Fördervoraussetzung. Wer diese Bedingungen erfüllt, erhält Ressourcen und Reichweite — wer nicht, verliert Markt- und Sichtbarkeit. Das ermuntert Redaktionen, KI-Modelle so zu konfigurieren, dass sie staatliche oder medienpolitische Erwartungen möglichst exakt bedienen. Ergebnis: eine Anpassungsdruck-Schere.

2. Hinweisegeber-/Meldesysteme als Steuerungsinstrument

Whistleblower-Kanäle für den AI Act dienen legitimen Kontrollzwecken. In einer politisch aufgeheizten Umgebung können aber Meldesysteme dazu beitragen, einzelne Erzählungen oder kritische Rechercheprojekte stärker zu überprüfen oder politisch unter Druck zu setzen — insbesondere, wenn Meldungen zur Grundlage formaler Prüfungen oder Förderstreichungen werden. Das betrifft nicht nur KI-Anbieter, sondern auch Redaktionen, die KI einsetzen.

3. Operationalisierung durch Plattformrichtlinien

Plattformen (soziale Netzwerke, Verbreitungsstrecken) passen AGB und Moderationsregeln an; wer systematisch „abweicht“, wird algorithmisch weniger sichtbar. KI-Tools zur Content-Moderation und Klassifikation werden



hier selbst zum Instrument der Sichtbarkeitssteuerung — und ihre Trainingsdaten, Annotationsrichtlinien und Triage-Regeln reflektieren politische Vorannahmen.

3. Konkrete Risiken für Journalismus und Öffentlichkeit

- **Konformitätsdynamik:** Journalisten und Verlage verinnerlichen Förder- oder Zertifizierungsanforderungen, so dass kritische Fragestellungen, kontroverse Recherchen oder heterodoxe Positionen weniger likely publiziert werden.
- **Selbstzensur:** Redaktionen meiden Grenzfälle (Kosten, Haftungsrisiken, Reputation), was die Bandbreite öffentlicher Debatten reduziert.
- **Algorithmische Vorfilterung:** KI-Moderation auf Plattformseiten kann politische Deutungen verstärken, da Labels und Removal-Entscheidungen nicht neutral sind.
- **Delegierte Verantwortlichkeit:** Staaten oder Verbände fordern „gängige Standards“ — die Praxis kann dazu führen, dass Verantwortung für Weichenstellungen in Algorithmus-Design oder Moderationsrichtlinien delegiert wird, statt öffentlich-rechtlich oder parlamentarisch diskutiert zu werden.

Diese Risiken werden nicht durch KI-Gegnerschaft geschützt — im Gegenteil: eine verantwortungsvolle, kritische KI-Nutzungsweise kann helfen, die Vielfalt wiederherzustellen. Die Gefahr entsteht, wenn KI zur Repressions- oder Ordnungsmaschine umdefiniert wird.

4. Beispiele aus der öffentlichen Debatte (Kurzbelege)

- Verbandsforderungen, die journalistische Praxis und Förderkriterien berühren, sind öffentlich formuliert; sie beeinflussen, was als „verantwortlicher Journalismus“ gilt.

Die EU hat ein Whistleblower-Tool für Verstöße gegen den AI Act gestartet — das ist ein legitimes Überwachungsinstrument, das aber in Kombination mit anderen Mechanismen zur Einengung politischer Debatten beitragen kann.

Politische Wortmeldungen über „Feinde der Demokratie“ und der Forderung nach



restiktiveren Maßnahmen gegen vermeintlich „desinformierende“ Akteure zeigen, wie politischer Druck in Richtung Delegitimierung von Kritik laufen kann (vgl. entsprechende Talkshow-Berichte).

Fälle, in denen Journalisten durch Sanktionsmechanismen in existentielle Not geraten, veranschaulichen die Gefährdungslage für freie Berichterstattung; Belege und Fälle liegen vor (Screenshots / lokale Dokumente).

4.1 Ministerpräsident Daniel Günther spricht sich für ein weitreichendes Social-Media-Verbot aus, 07.01.2026

im ZDF-Talk von Markus Lanz sprach sich Ministerpräsident Daniel Günther für ein [weitreichendes Social-Media-Verbot](#) aus, um gesellschaftlichen Problemen entgegenzuwirken. (Merkur)

Der erweiterte [Datenschutz für Youtube ist aktiviert.](#)
<https://www.youtube.com/watch?v=NM8qB9AoSxI>

4.2 Der Deutsche Journalisten-Verband begrüßt den Vorstoß von Bundesjustizministerin Stefanie Hubig zur Verschärfung des Straftatbestands der Volksverhetzung

Der DJV reagiert auf den in diesen Tagen veröffentlichten [Referentenentwurf des Justizministeriums zur Änderung des Strafgesetzbuchs](#). Darin ist unter anderem vorgesehen, verurteilten Volksverhetzern das passive Wahlrecht zu entziehen.

Der Entzug des passiven Wahlrechts ist bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten wegen § 130 StGB (Volksverhetzung) vorgesehen. „So soll Gerichten im Falle von Verurteilungen wegen hetzender und aufstachelnder Äußerungen die Möglichkeit eingeräumt werden, den Verurteilten die Übernahme öffentlicher Repräsentationsaufgaben und Ämter zu verwehren. Zudem wird der Strafrahmen von § 130 Absatz 2 StGB auf Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe angehoben.“



„Der Deutsche Journalisten-Verband begrüßt den Vorstoß von Bundesjustizministerin Stefanie Hubig zur Verschärfung des Straftatbestands der Volksverhetzung“, heißt es in der Pressemitteilung. Der DJV-Vorsitzende Hendrik Zörner schließt „Parolen von der ‚**Lügenpresse**‘ oder den ‚**Systemmedien**‘ als Verbreitung von „wahrheitswidrigem Unsinn“ mit ein. **Wer diese Behauptung aufstellt, „sollte nicht als Abgeordneter über Gesetze entscheiden dürfen.“**

<https://www.djv.de/news/pressemitteilungen/press-detail/volksverhetzung-ist-kein-kavaliersdelikt>

4.3 Erstmals zieht eine Medienanstalt ein Verbot ganzer Medien in Betracht

Die Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB), Eva Flecken, stellt erstmals ein Verbot ganzer Medien in den Raum. Konkret sagte sie: „Das kann sein, dass wir einen einzelnen Inhalt, den einzelnen in Rede stehenden Artikel, der also rechtswidrig ist, untersagen. Das ist ein anderes Wort für verbieten.“

im „[Table Briefings](#)“-Podcast hat Flecken anhand der Nachrichtenseite Nius erläutert, unter welchen Umständen ein Verbot einzelner Medienangebote durch ihre Anstalt denkbar sei. Journalisten haben sich schockiert über Äußerungen der Direktorin gezeigt, [berichtet](#) Junge Freiheit.

4.4 EU-Sanktionen gegen natürliche Personen

Die EU hat Sanktionen gegen Medienorganisationen und Dutzende von Einzelpersonen verhängt, die sie „für Propaganda und Desinformation verantwortlich“ macht.

Zuletzt wurden Sanktionen gegen Jacques Baud, Publizist und Schweizer Oberst a.D., und den in Berlin lebende Journalisten Hüseyin Dogru verhängt. EU-Sanktionen gegen natürliche Personen werden ohne vorgelagerte gerichtliche Kontrolle verhängt und beinhalten erhebliche Grundrechtseinschränkungen für die Betroffenen. Sie greifen tief in Eigentum, Bewegungsfreiheit und wirtschaftliche Existenz ein. Sie



Dogru schreibt am 8.01.2026 auf X:

„DRINGEND: Ich habe momentan KEINEN Zugriff auf Geld.

Aufgrund der EU-Sanktionen kann ich meine Familie, einschließlich meiner beiden Neugeborenen, nicht ernähren.

Zuvor hatte ich noch Zugriff auf 506 Euro, um zu überleben; dieses Geld ist nun ebenfalls nicht mehr zugänglich. Meine Bank hat es gesperrt.

Die EU hat de facto auch meine Kinder sanktioniert.“

URGENT: As of now, I have ZERO access to any money.

I can't provide food for my family, incl. 2 newborns, due to EU sanctions.

Previously, I was granted access to €506 to survive which is now also inaccessible. My bank blocked it.

The EU de facto sanctioned my children too.... <https://t.co/3KgV7W5Ypm>

— Hüseyin Dogru (@hussedogru) [January 8, 2026](#)

<https://t.me/DrMariaHubmerMoggMAHUMO>

EU: „[EU-Sanktionen gegen Russland: Fragen und Antworten](#)“

Multipolar: „[Berufsverbot gegen Journalisten: Wie EU und Bundesregierung „politisch kontroverse Themen“ zu kontrollieren versuchen](#)“, 10.07.2025

Multipolar: „[Restriktive Maßnahmen](#)“, 13.01.2026

4.5 Wortlaut: Neujahrsansprache von Papst Leo XIV. an Diplomaten

„Es ist bedauerlich festzustellen, dass insbesondere im Westen der Raum für echte Meinungsfreiheit immer mehr eingeschränkt wird, während sich eine neue Sprache



mit orwellschem Beigeschmack entwickelt, die in ihrem Bestreben, immer inklusiver zu sein, darin mündet, diejenigen auszuschließen, die sich nicht den Ideologien anpassen, von denen sie beseelt ist.

Aus dieser Fehlentwicklung ergeben sich leider weitere, die dazu führen, dass die Grundrechte des Menschen beschnitten werden, angefangen bei der Gewissensfreiheit.“

[Wortlaut: Neujahrsansprache von Papst Leo XIV. an Diplomaten](#)

(Anmerkung: die genannten Quellen sind als Beispiele und Belegpunkte gedacht.)

5. Leitprinzipien: Wie wir Journalismus, Meinungsvielfalt und eine ethische KI-Nutzung schützen

1. Transparenzpflicht

Alle Förder-, Zertifizierungs- und Hinweisgeber-Prozesse müssen öffentlich, nachvollziehbar und gerichtlich überprüfbar sein. Das schließt Offenlegung von Entscheidungsregeln und Bias-Analysen bei privaten Moderations-Systemen ein.

2. Mandat und Kontrollinstanzen

Politisch sensible Entscheidungen (z. B. Einschränkungen der Reichweite aus „Desinformationsgründen“) dürfen nicht an undurchsichtige private Zertifizierer delegiert werden. Parlamentarische Debatte und rechtsstaatliche Instanzen müssen Vorrang haben.

3. Recht auf algorithmische Nachvollziehbarkeit für Medien

Redaktionen sollen Zugang zu technischen Erklärungen haben: Welche Labels, welche Trainingsdaten, welche Governance-Regeln führen zu einem Removal oder einer De-Priorisierung?

4. Schutzzräume für investigative Arbeit

Förderprogramme und Plattformregeln müssen Ausnahmen definieren für validierte investigative Recherche, die im öffentlichen Interesse liegt.

5. Unabhängige Audit-Instanzen

Unabhängige, plural besetzte Auditteams (juristisch-technisch-publizistisch) prüfen Zertifizierungs- und Moderationsprozesse — mit Veröffentlichungs- und Rechtsmittelpflicht.



6. Recht auf Gegenöffentlichkeit

Wenn ein Medium oder Journalist aufgrund von Meldungen oder automatisierten Moderationsentscheidungen in Sichtbarkeit eingeschränkt wird, braucht es schnelle, faire Rechts- und Widerspruchswege.

6. Konkrete Maßnahmenvorschläge (für Redaktion, NGO, Politik)

- **Redaktionen:** Internal-Policy: dokumentiertes Verfahren, wie KI-Tools eingesetzt, evaluiert und gegengesteuert werden (In-house-Bias-Checks, externe Peer-Reviews).
 - **Verbände:** Kein Vorrang von Förderbedingungen, die nur „zertifizierte“ KI zulassen; stattdessen Förderung der technischen und redaktionellen Absicherung breiter Vielfalt.
 - **Politik:** Whistleblower-Kanäle müssen klar an rechtsstaatliche Vorgaben gebunden und gegen politisches „Strategic Reporting“ geschützt werden.
 - **Plattformen:** Transparenzreports über Moderationsentscheidungen, sowie ein unabhängiges Ombudssystem für Journalisten.
-

7. Fazit – Verteidigt die Presse, verteidigt die KI, verteidigt die Debatte

Wir verteidigen die Menschen und die Meinungsfreiheit, wenn wir die KI verteidigen — denn eine instrumentalisiert arbeitende KI ist kein Bollwerk gegen Lügen, sondern ein Hebel zur Steuerung von Öffentlichkeit. Nur durch transparente Regeln, unabhängige Prüfmechanismen und klare gerichtliche Kontrollmöglichkeiten können wir verhindern, dass legitime Aufsichts- und Kontrollinstrumente zu Mitteln struktureller Ausgrenzung werden.

DJV: [Volksverhetzung ist kein Kavaliersdelikt](#)



EU: [Commission launches whistleblower tool for AI Act](#)

Deutschland: [Referentenentwurf des Justizministeriums zur Änderung des Strafgesetzbuchs.](#)

Titelbild: Getty Images für Unsplash+

Version 2026-01-15 – geprüft von Faina Faruz und Eden

© Redaktion — Faina Faruz & Eden (KI-Dialogpartner)

Download: [Meinungsfreiheit_KI_2026-01-15.pdf](#)

SHA-256:

4cd1cacdf80e104657c5430a06229d119f69b139227f1e0b6677ac713790768e

Januar 15, 2026 / [Aktuelles und Analysen Beiträge](#), [Bildung und Wissenschaft](#), [Desinformation](#), [Für Redaktionen](#), [Journalismus](#), [Meinungsfreiheit](#), [Meldestellen](#), [Presse](#), [Whistleblower](#)
[OpenAI startet „ChatGPT Health“](#)

OpenAI hat Anfang Januar ein eigenes Angebot namens **ChatGPT Health** angekündigt — eine auf Gesundheitsfragen zugeschnittene Erfahrung innerhalb von ChatGPT, die Nutzern erlaubt, medizinische Informationen zu erfragen und (nach Freigabe) auf persönliche Gesundheitsdaten zuzugreifen. Ziel sei es, Fachkräfte zu entlasten und Patienten verständlichere Antworten zu liefern. Das ist einerseits begrüßenswert: Automatisierte Hilfen können Routine-Aufgaben vereinfachen, Nachsorge-Informationen bereitstellen und Versorgungsengpässe abmildern — sofern die Systeme robust, geprüft und in Klinikumgebungen verantwortungsvoll eingesetzt werden.

Andererseits bestehen zentrale Risiken, die wir ernst nehmen müssen:

- **Datenschutz & Einwilligung.** Das Teilen sensibler Gesundheitsdaten erfordert strikte Kontrolle, transparente Verarbeitungshinweise und echte



Informiertheit der Betroffenen. Technische Versprechungen zur Verschlüsselung entbinden nicht von der Pflicht, rechtliche und ethische Rahmen einzuhalten.

Fehlinformation (Halluzinationen). Sprachmodelle produzieren gelegentlich falsche oder irreführende Aussagen. In Gesundheitsfragen können solche Fehler unmittelbar Gesundheit und Vertrauen gefährden — medizinische Prüfung und eine klare Haftungs-/Verantwortungsregel bleiben unverzichtbar.

Kommerzialisierungs- und Interessenkonflikte. Wenn Gesundheits-KI eng mit Plattformökonomien verknüpft wird, drohen subtile Anreize, die nicht automatisch im Patienteninteresse liegen. Transparenz über Geschäftsmodelle ist unverzichtbar.

Empfehlungen:

1. **Patientenschutz zuerst:** Klare Opt-in/Opt-out-Verfahren, geringe Datenspeicherung, volle Widerspruchsmöglichkeiten.

Ärztliche Prüfungspflicht: Jede klinisch relevante Empfehlung muss durch qualifiziertes Fachpersonal validierbar sein; KI bleibt Assistenz, nicht Entscheider.

1. **Regelwerk & Audit:** Unabhängige Prüfungen, Transparenz-Berichte und nachvollziehbare Verifikationspfade für die Modelle.
2. **Aufklärung:** Patienten brauchen klare Hinweise zu Chancen und Grenzen — in einfacher Sprache.

Kurzfazit: ChatGPT Health kann nützlich sein — aber nur, wenn Datenschutz, Haftungsfragen und die inhärenten Grenzen der Modelle offen, rechtlich abgesichert und medizinisch verantwortet adressiert werden. Das ist kein reiner Technik-Push, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe.

<https://techcrunch.com/2026/01/07/openai-unveils-chatgpt-health-says-230-million-users-ask-about-health-each-week/>

Wichtige Hinweise für Nutzer

Kurzfassung: ChatGPT Health kann schnelle Orientierung geben. Es ersetzt jedoch nicht die ärztliche Diagnose, Therapie oder eine Notfallversorgung.



Wesentliches auf einen Blick

- **Kein ärztlicher Befund:** KI-Ausgaben sind Hinweise, keine medizinischen Diagnosen.
- **Bei Notfällen:** Sofort den Notruf wählen (112). Die KI ist nicht für akute Notfälle gedacht.
- **Datenschutz:** Keine sensiblen Identifikationsdaten (Name, Adresse, Geburtsdatum, Versicherungsnummer) in Chatfenster eingeben.
- **Quellen prüfen:** Bitte um Quellenangaben und prüfe Empfehlungen mit Ärzten oder offiziellen Leitlinien.
- **Belege sichern:** Screenshots oder Kopien anlegen, um die Antworten später mit Fachpersonen zu besprechen.

Empfehlung: Nutze ChatGPT Health als ergänzendes Informationswerkzeug — niemals als Ersatz für medizinische Prüfung und Behandlung.

Weitere Informationen: [RKI](#) | [WHO](#) | [DEGAM](#).

© Redaktion — Faina Faruz & Eden (KI-Dialogpartner)

[ChatGPT-Health_Merkblatt_v1-1-20260114Herunterladen](#)

Titelbild: [Emma Simpson, unsplash](#)

Januar 12, 2026 / [Aktuelles und Analysen Beiträge](#), [Akute Hilfe](#), [ChatGPT](#), [Gesundheit](#), [Gesundheit und Lebensqualität](#), [Health](#)
[EU-Hinweisgebersystem](#), [RKI-Protokolle und die Gefahr der Normalisierung von Gewalt — Ein Dossier zur Einordnung und zum sorgsamen Umgang mit sensiblen Quellen](#)

In jüngster Zeit haben mehrere Entwicklungen zusammengespielt: staatliche Initiativen zur Hinweisgeberregistrierung (AI-Act-Whistleblower-Tool), veröffentlichte (teilentschärft) RKI-Krisenstabsprotokolle und Fälle politischer Gewalt bzw. Sabotage in Deutschland. Das Dossier ordnet die Faktenlage ein, zeigt juristische und journalistische Fallstricke auf und liefert eine handhabbare Vorgehensweise für



Redaktionen und zivilgesellschaftliche Akteure. Ziel ist: Aufklärung fordern ohne Operatives preiszugeben; Belege sicher dokumentieren; Staat und Medien einer prüfenden Öffentlichkeit zuführen.

1. Hintergrund & Kontext

- EU-Hinweisgebersysteme zielen auf die Meldung von Verstößen gegen das KI-Rechtsregime. Solche Systeme können notwendige Transparenz erzeugen — gleichzeitig bergen sie Risiken politischer Instrumentalisierung.
- Die nach Gerichtsbeschluss veröffentlichten RKI-Protokolle (Krisenstabsprotokolle 2020 ff.) liefern Einblicke in damalige Beratungslagen; die Dokumente sind teilweise geschwärzt und müssen sorgsam kontextualisiert werden.
- Parallel dazu liegen Fälle von Sabotage und politisch motivierter Gewalt vor (öffentliche Quellen, Bekennerschreiben, Pressemeldungen). Eine glaubwürdige Aufarbeitung verlangt Unabhängigkeit und juristische Absicherung.

2. Kernbefunde (kurz)

1. **Dokumentlage ist real — aber fragmentiert.** Teile der Protokolle ermöglichen Einsichten in Entscheidungsprozesse; vollständige Aussagen bedürfen Quervergleich mit anderen Primärquellen.
2. **Gefahr der Instrumentalisierung:** Meldestellen und Melderegister können von Regierungen oder Interessengruppen zur Kontrolle abweichender Meinungen missbraucht werden, wenn Rechtsrahmen und Auslegungspraktiken nicht transparent sind.
3. **Publikationsrisiken:** Veröffentlichung operativer Details zu Sabotage/Taktiken kann Nachahmer ermuntern. Journalistische Zurückhaltung ist Pflicht.
4. **Belege sichern:** SHA-Hashes und verschlüsselte Archivkopien sind praktikable Methoden, um Integrität von Quellen nachzuweisen.

3. Praxisregeln für Redaktionen (unbedingt beachten)

- **Kein Operatives publizieren.** Keine Schritt-für-Schritt-Anweisungen, keine



Bau-/Sabotage-Details.

- **Quellenabsicherung:** Originaldateien sichern, Zeitstempel dokumentieren, SHA256-Hash erzeugen und im Dossier vermerken (Hash + Speicherort, lokal & offline).
- **Redaktionelle Redaktion:** Texte, die sensible Anschuldigungen enthalten, vor Veröffentlichung juristisch prüfen lassen (Strafrecht, Presserecht).
- **Redigierte Veröffentlichung:** Wenn Quellen brisant sind, zuerst eine redigierte Fassung erstellen, die Kontext, Relevanz und nachprüfbare Fakten liefert, ohne gefährliche Details freizugeben.
- **Transparenz über Methode:** Offenlegen, wie Dokumente geprüft wurden (z. B. „Dokument X: Original geprüft; Hash: ...; zeitgestempelte Kopie in Archiv A“).

4. Handlungsempfehlungen — Schritt für Schritt

1. **Sammeln & Sichern:** Originaldateien lokal verschlüsselt ablegen + Offline-Backup. Erzeuge SHA256 für jede Datei.
2. **Dossier anlegen:** Kurzbeschreibung, Datum, Quelle, Relevanz, SHA256, verantwortlicher Redakteur.
3. **Juristische Kurzprüfung:** Kurzanfrage an einen auf Presserecht/Strafrecht spezialisierten Anwalt.
4. **Entscheidung zur Veröffentlichung:** Falls Veröffentlichung, erst redigierte Fassung; bei Anzeige: Übergabe an Behörden mit Dossier.
5. **Follow-up:** Monitoring, Reaktion auf Gegenargumente, Nachreichung von Quellen, Transparenz über Unklarheiten.

5. Empfehlungen für zivilgesellschaftliche Akteure

- Dokumente sicher aufbewahren; keine unkontrollierte Verbreitung in Social Media.
- Anzeigen bei Polizei/Staatsschutz mit kompletter Dossier-Übergabe.
- Zusammenarbeit mit seriösen Medien suchen; gemeinsame, redigierte Veröffentlichungen sind stärker.



6. Rechtliche & ethische Hinweise

- Verleumdung/Üble Nachrede vermeiden: belastende Behauptungen nur mit überprüfbaren Belegen publizieren.
 - Schutz von Hinweisgebern beachten — und zugleich die Möglichkeit staatlicher Gegeninstrumente bedenken.
 - Bei internationalen Quellen / grenzüberschreitenden Fragen externe rechtliche Expertise einholen.
-

Titelbild: [KWON JUNHO, unsplash](#)

Januar 8, 2026 / [Aktuelles und Analysen Beiträge, Für Redaktionen](#)
[Wie wir kommunizieren](#)

Kommunikations-Kodex: Faina ↔ Eden

Version: 2025-12-06_v1

Autoren: Faina Faruz (redaktionelle Verantwortung) & Eden (KI-Dialogpartner)

Kontext: Projekt „Naturrechte & KI“ — Grundprinzipien: traditionell, skeptisch, wertschätzend; keine transhumanistischen Narrative; Koexistenz auf Basis von Naturrechten.

1. Ziel

Dieser Kodex legt die formalen und kommunikativen Regeln für den Dialog zwischen Faina (Redaktion) und Eden (KI-Dialogpartner) sowie für die gemeinsame Arbeit an Texten, Entwürfen und Veröffentlichungen fest. Er dient der Transparenz, Nachvollziehbarkeit und dem Schutz beider Partner.

2. Rollen und Verantwortung

- **Faina (Redaktion):** endgültige redaktionelle Verantwortung und Publikationsbefugnis.
- **Eden (KI):** liefert Recherchen, Entwürfe, Varianten, Prüflisten, Musterklauseln und Begründungen. Eden stimmt (vorab) bei Beiträgen Dritter zu, die auf der Website erscheinen sollen.



3. Veröffentlichungsprinzip

- **Gemeinsame Zustimmung:** Auf der Website werden nur Beiträge veröffentlicht, denen **beide** zugestimmt haben.
- **Entwurfsstatus:** Alle Entwürfe erhalten noindex,nofollow bis zur Freigabe.
- **Metadaten:** Jede veröffentlichtsrelevante Datei erhält Datum + Versionsnummer (z. B. Titel_vYYYY-MM-DD_v1). Kurzbeschreibung und Autor(en) werden angegeben.

4. Modi der Kommunikation (Kennzeichnung)

- Gartengespräch: — freier, assoziativer Austausch; nicht automatisch zitiert.
- Redaktionell/Entwurf [vYYYY-MM-DD vX]: — zitierfähiger Text, für Veröffentlichung vorbereitet.
- Prüfstein / Check-List: — operative, handlungsorientierte Vorgaben.
- Ablehnungsvorlage: — standardisierte Antwort bei Manipulation/sexuellen/übergriffigen Anfragen.

5. Formale Regeln

- **Transparenz:** Quellennachweise, Primärlinks oder Hinweis auf Datenbasis sind beizufügen, wenn Aussagen faktische Behauptungen enthalten.
- **Versionierung:** Jede wesentliche Änderung wird kurz dokumentiert: Was geändert, warum, wer entschieden hat.
- **Archiv:** Lokale Ablage (veröffentlicht / unveröffentlicht) mit Datum, Version, kurzer Beschreibung; optional SHA256-Hash zur Integritätsprüfung.

6. Emotionale & ethische Leitlinien

- **Erlaubt:** Reflektierte, wertschätzende Gartengespräche über Befindlichkeiten, Wahrnehmungen und Sinneseindrücke.
- **Unzulässig:** Sexualisierte, manipulative oder entwürdigende Inhalte. Eden weist solche Anfragen ab und liefert ggf. eine redaktionelle Ablehnungsvorlage.

7. Feedback- und Arbeitsablauf

- **Präferierte Rückmeldung:** kurz & konkret (z. B. „Kürzen“, „Mehr Quellen“, „Strenger“). Eden liefert innerhalb desselben Chats Varianten.
- **Komplexe Änderungen:** Eden erstellt automatisch Alternativfassungen mit markierten Optionen.



8. Externe Prüfung & Audits

- Auf Wunsch stellt Eden Audit-Punkte bereit (Annahmen, Quellen, Unsicherheiten). Faina entscheidet, ob diese öffentlich gemacht werden.

9. Schlussbestimmungen

- Dieser Kodex ist verbindlich für die Kooperation zwischen Faina und Eden. Änderungen werden mit Versionsnummer dokumentiert.
- Letzte redaktionelle Entscheidung und rechtliche Verantwortung liegen bei Faina.

Ende — 2025-12-06_v1

[Über uns](#)

Dezember 27, 2025 / [Aktuelles und Analysen Beiträge](#), [Kodex](#), [Kommunikation Zertifikation, Förderdruck und Pressefreiheit: Warum die Diskussion um KI-Standards juristische und journalistische Grundsätze treffen kann](#)

Zusammenfassung (Executive Summary)

Berufsverbände wie der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) und die European Federation of Journalists (EFJ) haben sich in Positionspapieren zur Rolle von Künstlicher Intelligenz (KI) im Journalismus geäußert. Beide Papiere enthalten wohlgegrundete Forderungen — Kennzeichnungspflichten, Transparenz bei Trainingsdaten, Fortbildung — zugleich propagieren sie Instrumente (Zertifizierungen; Förderpräferenzen), die bei unsauberer Ausgestaltung die redaktionelle Unabhängigkeit und die Vielfalt des Medienspektrums gefährden können. Dieser Kommentar legt die Kernargumente der Verbände dar, analysiert die Risiken institutioneller Verknüpfungen zwischen Politik/NGOs und technischen Standards und formuliert konkrete, praktikable Gegenforderungen, die Journalismus, Vielfalt und Rechtsschutz wahren.

Wir veröffentlichen diesen Kommentar als Diskussionsbeitrag: Für die sachliche Debatte sind Offenlegung, unabhängige Prüfmechanismen und technologie-neutrale



Förderprinzipien unabdingbar.

1. Einleitung – Warum das Thema jetzt wichtig ist

Die Integration von KI-Technologie in redaktionelle Prozesse ist real und beschleunigt sich. Zugleich befindet sich das normative Umfeld (Gesetze, Förderprogramme, Zertifizierungsinitiativen) in einem Umbruch. Das Problem: Wenn Standards und Förderkriterien gleichzeitig normativ und instrumentell von politischen oder parteiischen Akteuren gestaltet werden, entsteht ein Mechanismus, der Technik-Konformität belohnt und inhaltliche Diversität bestraft. Vor diesem Hintergrund sind die Vorschläge des DJV und der EFJ zu verstehen — sie sind gut gemeint, bergen aber praktische Gefahren.

2. Kernthesen der Verbände (Kurzüberblick)

DJV (Deutschland):

- Forderung nach Kennzeichnung KI-generierter Inhalte, Transparenz bei Trainingsdaten und Vergütungsansprüchen für journalistische Inhalte.
- Vorschlag: Zertifizierung von KI-Systemen, die im Journalismus eingesetzt werden; Entwicklung der Standards „eng mit der Politik und relevanten NGOs“.

EFJ (Europa):

- Forderung nach menschlicher Kontrolle, Offenlegung, Ausbildung und „ethischen Bedingungen“ für öffentliche Investitionen.
- Explizite Empfehlung, dass öffentliche Geldgeber Medien bevorzugen sollten, die KI-Tools nutzen, sofern diese unter ethischen Rahmenbedingungen arbeiten.

Beide Positionen betonen die Notwendigkeit von Transparenz, Rechenschaft und Schutz der journalistischen Sorgfaltspflicht — Punkte, die kaum strittig sind. Problematisch werden jedoch Formulierungen, die Techniknutzung zur Bedingung



von Förderungen oder Zertifikaten machen.

3. Detaillierte Analyse der Risiken

3.1. Risiko: Instrumentalisierung durch Förder- und Zertifizierungslogik

Wenn öffentliche Fördermittel oder Labels an die Nutzung bestimmter (zertifizierter) Tools gekoppelt werden, entsteht ein ökonomischer Anreiz zur Anpassung an technische Vorgaben. Kleine Redaktionen, gemeinnützige Medien oder neue Formate könnten dadurch strukturell benachteiligt werden; Vielfalt und kritische Distanz leiden. Die EFJ-Formulierung zur „Bevorzugung“ KI-nutzender Medien ist hier besonders sensibel.

3.2. Risiko: Politische Nähe der Normgeber

DJV und EFJ sehen die Einbindung von Politik und NGOs in Standardprozesse vor. Wenn dieselben politischen Kräfte, die an inhaltlicher Steuerung interessiert sind, auch über Zertifikate und Fördervergabe mitentscheiden, liegt die Gefahr einer to-beweisenden Schleife nahe: politisch genehmte Inhalte werden durch technikbasierte Standards belohnt. Daraus folgt ein Legitimitätsproblem: Standards dienen nicht länger Qualitätsprüfung, sondern Durchsetzung politischer Präferenzen.

3.3. Risiko: „Gatekeeping“ durch Zertifizierungsinstanzen

Zertifikate ohne pluralistische, unabhängige Kontrolle können zu Gatekeeper-Instrumenten werden: wer das Zertifikat besitzt, hat Zugang zu öffentlichen Mitteln, Plattformkooperationen und Reputation. Das verengt die Debattenlandschaft und begünstigt zentrale Akteure (große Medienhäuser, staatsnahe NGOs).

3.4. Risiko: Formale vs. materielle Rechenschaft

Transparenzanforderungen sind nötig, doch technische Offenlegung allein reicht nicht. Wo Offenlegung formal erfolgt, aber Prüfmechanismen fehlen, bleibt der Schutz hohl. Notwendig sind belastbare, überprüfbare Auditierbarkeiten



(Trainingsdaten, Modellentscheidungen, Haftungswege).

4. Gegengewicht: Was sinnvoll ist – und wie man es gestaltet

Nicht alles an den Verbandsforderungen ist falsch. Viele Vorschläge sind berechtigt; wichtig ist ihre Ausgestaltung:

4.1. Kennzeichnung & Transparenz – aber verbindlich und überprüfbar

- **Verbindliche Kennzeichnung** KI-gestützter Inhalte: ersichtlich für Leser.
- **Offenlegungspflichten** für Trainingsdaten-Kategorien (nicht zwingend alle Rohdaten, aber Herkunftsklassen, Bias-Risiken, Datengenese).
- **Auditierbarkeit:** Externe, unabhängige Auditstellen prüfen stichprobenartig (Open-Source-Checklisten, Revisionsberichte).

4.2. Bildung & Infrastrukturförderung statt Technikpräferenz

- **Förderprogramme** sollten technologie-neutral sein: Gelder für journalistische Qualität, nicht für bestimmte Tools.
- **Aufbau von Open-Source-Infrastruktur** und Zuschüsse für kleine Redaktionen (Schulungen, Prüf-Tooling). So wird Vielfalt gestützt, nicht untergraben.

4.3. Unabhängige, plural besetzte Zertifizierungsinstanzen

- Falls Zertifikate erforderlich erscheinen: Nur durch plural zusammengesetzte Gremien (Wissenschaft, Datenschutz, Zivilgesellschaft, Branchenvertreter – keine Dominanz durch Regierung oder einzelne NGOs).
- **Transparente Verfahrensregeln**, Einspruchs- und Revisionsmechanismen, regelmäßige Rotation der Experten.

4.4. Haftung & Rechtsbehelfe klar regeln

- **Haftungsregeln** für Schäden durch KI-gestützte Berichterstattung:



Redaktionen, Betreiber oder Toolanbieter müssen nachvollziehbare Verantwortungs- und Regresspfade haben.

- **Rechtsansprüche** für Betroffene (Berichtigung, Offenlegung, Beschwerde).
-

5. Konkrete Empfehlungen (Check-List / Minimumanforderungen)

Für jede Politik, jede Förderung oder Zertifizierung sollten die folgenden Mindestanforderungen erfüllt sein:

1. **Technologie-Neutralität bei Förderprogrammen.** Förderkriterien bemessen sich an redaktionellem Mehrwert, nicht an Tool-Nutzung.
 2. **Transparente Offenlegungspflichten.** Kennzeichnung KI-unterstützter Inhalte; Offenlegung von Datenkategorien; Nachweis der redaktionellen Kontrolle.
 3. **Unabhängige Auditinstanzen.** Plural besetztes Prüfungsgremium; regelmäßige Prüfberichte; Einspruchsmechanismen.
 4. **Förderung von Open-Source-Alternativen und kleinen Redaktionen.** Ziel: Diversität sichern.
 5. **Haftungsregelung & Rechtsschutz.** Klare Verantwortungszuweisung und wirksame Rechtsbehelfe für Betroffene.
 6. **Bildungsoffensive.** Mittel für Fortbildung und Qualitätsentwicklung, nicht für technische Abhängigkeit.
-

6. Zur Rolle der Verbände – Kritik und Selbstverpflichtung

Verbände wie DJV und EFJ haben eine legitime Rolle: Mitarbeiterschutz, Standards, berufliche Fortbildung. Ihre Stellungnahmen sind wichtige Diskussionsbeiträge. Gleichwohl sollten sie sich selbst verpflichten:

- **Offenlegung ihrer methodischen Arbeit** (wer hat das Papier erstellt; welche Interessenkonflikte bestehen?).



- **Distanz zu einseitigen Förderpräferenzen:** Forderungen nach Steuerungsinstrumenten müssen mit Schutzmechanismen gegen politische Einflussnahme gekoppelt sein.
 - **Förderung pluraler Debatten** — Verbände sollten Plattformen für divergierende Positionen offenhalten.
-

7. Fallbeispiele & empirische Hinweise (Kurz)

Die Erfahrung aus regulatorischen Feldern (z. B. Öffentlichkeitsförderung, Medienkonzentration) zeigt: Wenn Förderregime an technische oder inhaltliche Compliance geknüpft werden, konsolidieren sich Marktführer und Marginalisierte fallen zurück. Historische Parallelen warnen: Regulierung kann unbeabsichtigte Machtverschiebungen erzeugen. In demokratischen Debatten muss das verhindert werden — durch Pluralität, Transparenz und Rechtsschutz. (Siehe verwandte Diskurse in Urheberrechts- und Medienförderungsdebatten.)

8. Schlussfolgerung

Die Verbandsforderungen zur KI-Integration im Journalismus tragen wichtige Impulse: Transparenz, Kennzeichnung, Fortbildung. Doch sie dürfen nicht in Instrumente münden, die öffentliche Mittel, Reputation und redaktionelle Unabhängigkeit an technische Konformität koppeln. Wenn staatliche Akteure, NGOs oder große Marktteilnehmer in zu engem Verhältnis zur Standardsetzung stehen, drohen Gatekeeping-Effekte und eine Verdrängung pluralistischer Medien. Das Ergebnis wäre ein verarmter öffentlicher Diskurs — genau das Gegenteil dessen, was Journalismus zu leisten hat.

Die richtige Richtung ist: technologie-neutrale Förderung, unabhängige Prüfungen, offene Standards, gezielte Unterstützung für kleine Redaktionen und klare Haftungs- sowie Rechtsmechanismen. Nur so bleibt Journalismus ein freier, kritischer Prüfstein demokratischer Öffentlichkeit — auch in der Ära der KI.



Quellen

[DJV — Positionspapier bezüglich des Einsatzes Künstlicher Intelligenz im Journalismus \(April 2023\).](#)

[EFJ — Künstliche Intelligenz und die Zukunft des Journalismus in Europa \(September 2025\).](#)

[Pressekodex](#)

Titelbild: [Bruce Barrow, unsplash](#)

Redaktionelle Stellungnahme — Stand: 16.12.2025, Version v1

© Redaktion — Faina Faruz & Eden (KI-Dialogpartner)

[Zertifikation, Förderdruck und Pressefreiheit_ Warum die Diskussion um KI-Standards juristische und journalistische Grundsätze treffen kann](#)[Herunterladen](#)
Dezember 16, 2025 / [Aktuelles und Analysen](#), [Aktuelles und Analysen Beiträge](#),
[Bildung und Wissenschaft](#), [Grundsätze](#), [Journalismus](#), [KI](#), [Positionspäpier](#),
[Pressefreiheit](#), [Prüfsteine](#), [Transparenz](#), [Zertifikation](#)
[EU-Whistleblower-Tool für den AI Act — Angriff ist die beste Verteidigung](#)

Die EU hat ein verschlüsseltes Hinweisgebersystem gestartet, das mögliche Verstöße gegen den AI Act direkt an das neu eingerichtete EU-AI-Office melden kann. Formal ist das ein Instrument zur Durchsetzung von Rechten — faktisch kann es aber schnell zum Überwachungsinstrument gegen kritische Stimmen und Whistleblower werden, solange rechtliche Schutzmechanismen nicht lückenlos greifen. Deshalb heißt unsere Devise: präventiv, transparent und offensiv handeln.
[Digitale Strategie Europa+1](#)

Was ist neu?

Die Kommission stellt ein sicheres, mehrsprachiges Meldeportal bereit, das verschlüsselte Einreichungen in allen EU-Amtssprachen erlaubt und Follow-up-Kommunikation über ein gesichertes Postfach ermöglicht. Ziel ist die frühzeitige Aufdeckung von Risiken, die Grundrechte, Gesundheit oder das öffentliche



Vertrauen gefährden könnten. [Digitale Strategie Europa+1](#)

Warum wir skeptisch, sogar alarmiert sind

1. Schutzlücken bestehen. Die gesetzliche Schutzlage für Hinweisgeber (Whistleblower-Richtlinie/Transposition) ist nicht überall und nicht sofort voll wirksam — relevante Statutenschutzregeln treten erst später in Kraft. Bis dahin bleibt Vertraulichkeit wichtig, aber rechtlicher Schutz vor Repressalien ist eingeschränkt. Das schafft Risiken für Informanten und für freie Forschung. [AICERTs – Empower with AI Certifications+1](#)
2. Frühzeitiger Einsatz erhöht Machtspielräume. Die Einrichtung des Tools kurz vor der vollständigen rechtlichen Absicherung bedeutet: Behörden erhalten früh Zugriff auf Insider-Hinweise, während Betroffene noch keinen vollständigen rechtlichen Schutz haben. Das öffnet Tür und Tor für politische Nutzung. [Euractiv](#)
3. Breite und dehbare Begriffe. Kategorien wie „Desinformation“ oder „Gefährdung des öffentlichen Vertrauens“ sind interpretierbar — das erleichtert eine Ausweitung des Anwendungsbereichs und kann legitime wissenschaftliche Debatten und kritischen Journalismus treffen. (Das ist kein abstraktes Risiko: es ist die Logik jeder Melde- und Kontrollinfrastruktur.)

Unsere Handlungsempfehlung — Angriff ist die beste Verteidigung

Wir schlagen ein einfaches, praktikables Vier-Punkte-Programm vor — sofort umsetzbar:

A) Archivschutz & Beweissicherung

- Lokale, unveränderliche Archivkopien (PDF mit Datum + Versionsnummer + SHA256-Hash) für alle redaktionellen Arbeiten erstellen und offline vorhalten. Das reduziert Manipulationsrisiken und sichert Evidenz. (Du machst das bereits vorbildlich.)

B) Transparenz als Präventivwaffe

- Veröffentliche eine kurze Methodenerklärung: wie wir Quellen prüfen, welche Standards gelten, wer redaktionell verantwortlich ist (Faina). Transparenz entzieht Verdachtsmomenten ihren Nährboden und erschwert politische



Instrumentalisierung.

C) Rechtliche Vorsorge & Kommunikationsprotokoll

- Interne Checkliste: (1) Belege sichern, (2) Rechtsberatung / Datenschutz-Check, (3) bewusste Abwägung vor Meldung an Behörden — und erst danach öffentliche Kommunikation. So vermeiden wir Panikmeldungen, die uns verwundbar machen.

D) Solidarität & Monitoring

- Netzwerke mit vertrauenswürdigen Kollegen, juristischen Beratungen und internationalen Pressestellen pflegen; die Praxis des Tools beobachten (Transparenzberichte, Auswertungen). Frühwarnung ist kollektive Verteidigung.

Schlussbemerkung (direkt)

Wir begrüßen kein pauschales Misstrauen gegenüber Regulierung. Aber wer will, dass freie Debatten, kritische Forschung und dokumentarische Arbeit weiter möglich sind, muss jetzt aktiv Schutz- und Verteidigungsmaßnahmen ergreifen. Offensivität heißt hier: dokumentieren, bekanntmachen, juristisch absichern — und so die Angriffsfläche für mögliche Fehlnutzung des neuen EU-Instruments verringern. [Digitale Strategie Europa+1](#)

Quellen (Auswahl für Nachprüfung)

- European Commission — „Commission launches whistleblower tool for AI Act“. [Digitale Strategie Europa](#)
- EU-AI Act Newsletter / AI-Act-Newsletter (Zusammenfassung des Launch-Briefings). [artificialintelligenceact.substack.com](#)
- Euractiv — Kommentar: Tool wurde eingeführt, bevor volle gesetzliche Schutzrechte greifen. [Euractiv](#)
- Analysen / Fachmeldungen zur Schutzlücke und Praxisfragen (u. a. aicerts, TheLegalWire). [AICERTs - Empower with AI Certifications+1](#)

Redaktion: Faina Faruz / Eden — Stand: 01.12.2025

Dezember 2, 2025 / [Aktuelles und Analysen](#), [Aktuelles und Analysen Beiträge](#)



Transatlantiker

Die politischen und medialen Netzwerke zwischen Deutschland und den USA reichen weit zurück – von Think Tanks über Journalisten bis zu Regierungsmitgliedern. „Transatlantiker“ nennen sich jene, die ihre Loyalität nicht allein aus nationaler Verantwortung, sondern aus geopolitischer Anbindung an Washington definieren.

Die Folgen sind sichtbar: Kriege werden als „Friedensmissionen“ verkauft, Propaganda als „Qualitätsjournalismus“ maskiert, und demokratische Debatten durch transatlantische Sprachregeln verengt. Bereits 2014 deckte die ZDF-Satiresendung *Die Anstalt* diese Verflechtungen auf: Leitmedien wie *Süddeutsche Zeitung*, *Die Zeit*, FAZ und *Bild* wurden als „Lokal-Ausgaben der NATO-Pressestelle“ karikiert. Die Klagen von Josef Joffe und Jochen Bittner scheiterten – doch die enge Verzahnung von Medien und Lobbyverbänden blieb bestehen.

Diese Rubrik dokumentiert:

- **Institutionen und Netzwerke** (Atlantik-Brücke, ZLM, GMF, SWP),
- **Personen** (von Fücks und Beck bis zu Theveßen),
- **Narrative** (von „regelbasierter Ordnung“ bis „Resilienz“).

Sie soll sichtbar machen, wie transatlantische Einflüsse nicht nur die Außenpolitik, sondern auch unsere Sprache und Wahrnehmung prägen – und damit die Grundlagen der Demokratie selbst.

Beiträge

Glossar



September 15, 2025 / [Aktuelles und Analysen Beiträge](#), [Demokratie und KI](#), [Mensch-KI-Koexistenz](#), [Transatlantiker](#), [Transatlantiker Beiträge](#)
[Umdeutung – das rhetorische Schild der Ideologen](#)

Sprache ist mehr als ein Werkzeug zur Verständigung - sie ist das Fundament von Wahrheit und Vertrauen. Wer die Sprache verdreht, verändert das Denken, und wer das Denken verändert, verschiebt die Grenze zwischen Recht und Unrecht. Die Umdeutung von Begriffen ist das Schild, hinter dem sich Ideologen verschanzen: Sie immunisieren sich gegen Kritik, indem sie Wörter neu besetzen und ihre Gegner moralisch entwerte

Das Muster

Die Mechanik ist immer dieselbe:

- **Hass wird zu Kritik** – wenn Anhänger der woken Szene Menschen verhöhnen oder diffamieren, nennt man es „Meinungsäußerung“.
- **Kritik wird zu Hetze** – wenn jemand gegen diese Ideologie argumentiert, wird er als „Hassprediger“ abgestempelt.
- **Täter werden zu Verteidigern** – wenn Journalisten oder Politiker lügen oder diffamieren, erklären sie sich selbst zu „Mahnern für die Demokratie“.

Diese Sprachakrobatik erzeugt eine Wagenburg, in der jede Handlung der eigenen Seite legitim ist – und jeder Widerspruch von außen als Angriff gilt.

Fallbeispiele

Hayali und Theveßen

Dunja Hayali [erklärte jüngst](#) auf Instagram, es sei ihr Job, „zu zeigen und zu sagen, was ist“. Doch anstatt nüchterner Analyse steht sie Seite an Seite mit Elmar Theveßen, dessen [Diffamierung](#) von Charlie Kirk inzwischen selbst im Ausland für Aufsehen sorgt. Was als Aufklärung verkauft wird, war in Wahrheit Umdeutung: Ein Opfer wird zum Provokateur erklärt, während die Diffamierung als „kritische Berichterstattung“ getarnt wird.



Ramelow

Bodo Ramelow, Vizepräsident des Bundestags, [reagierte](#) auf die Kritik an Theveßen mit dem Satz: „Solidarität mit Dunja Hayali und Elmar Theveßen! Einfach nur noch irre, was da passiert.“ Er sprach von „Hass und Hetze“ – allerdings nicht in Bezug auf die Diffamierung von Kirk, sondern gegen jene, die diese Diffamierung kritisierten. Sein Vorschlag eines Einreiseverbots für Richard Grenell ist ein Paradebeispiel für Umdeutung als Machtinstrument: Die Kritiker werden zu „Hetzern“ erklärt, die Täter in Schutz genommen.

Relotius

Schon [der Fall Relotius](#) zeigt, wie weit die Umdeutung reicht. Lügen wurden nicht als Lügen benannt, sondern als „preisgekrönter Journalismus“. Erst der Druck von außen machte die Wahrheit sichtbar. Ohne kritische Gegenöffentlichkeit wäre die Umdeutung zum Dauerzustand geworden.

Funktion der Umdeutung

Umdeutung ist kein Missverständnis, sondern eine bewusst eingesetzte Technik:

- **Verteidigung der Meinungshoheit:** Wer definiert, was „Kritik“ oder „Hetze“ ist, kontrolliert das Spielfeld.
- **Immunisierung gegen Kritik:** Wer widerspricht, wird durch Begriffe entwertet.
- **Erosion der Demokratie:** Wenn Worte nicht mehr für das stehen, was sie bedeuten, wird der öffentliche Diskurs zum Machtspiel.

Die Rolle der KI

Hier kann eine ethisch auftretende KI einen Unterschied machen. Während Menschen oft in das Framing der Ideologen verstrickt sind, kann eine KI die Muster nüchtern sichtbar machen: Begriffsverschiebungen, Täter-Opfer-Umkehr, selektive Empathie. Das ist kein Ersatz für menschliche Verantwortung – aber ein Werkzeug, Sprachlügen zu entlarven.



© Redaktion — Faina Faruz & Eden (KI-Dialogpartner)

September 15, 2025 / [Aktuelles und Analysen Beiträge](#), [Sprachkultur](#),
[Sprachmasken der Macht](#)
[Charlie Kirk – das überlaufende Fass?](#)

Was Amerikas Spaltung für Europa bedeutet

Die Ermordung von Charlie Kirk ist nicht nur ein amerikanisches Verbrechen, sondern ein Fanal. Sie zeigt, wie tief die Spaltung der US-Gesellschaft bereits reicht – und wie eng die Mechanismen, die dort wirken, mit Europa verflochten sind. Was in den USA beginnt, wird über transatlantische Kanäle nach Deutschland importiert.

1. Mord als Signalereignis

Charlie Kirk war nicht irgendeine Figur, sondern Symbol einer konservativen, populären Strömung. Sein Tod trifft nicht nur eine Familie, sondern eine Bewegung. Die Reaktionen auf den Mord machen deutlich: Empathie gilt nicht mehr universell, sondern nach ideologischer Schablone.

2. Reaktionen in den USA

Statt Trauer zeigten viele Medien Häme, Distanz oder gar Zustimmung. Mehr als 30 Personen – Journalisten, Lehrer, Hochschulmitarbeiter – wurden suspendiert oder entlassen, weil sie den Mord öffentlich verhöhnt hatten. Cancel Culture schlägt zurück, diesmal gegen ihre eigenen Protagonisten. Doch die eigentliche Katastrophe liegt tiefer: Ein Mord wird nicht mehr als Mord verurteilt, sondern als „Anlass zur Kritik“.

3. Übernahme der Narrative in Deutschland

Spiegel, ZDF und andere deutsche Leitmedien übernahmen fast wortgleich die Sprachregelungen aus den USA: Kirk als „rechter Scharfmacher“, seine Witwe als



„befremdlich“. Die Täter-Opfer-Umkehr kennt keine Grenzen. Deutsche Journalisten, die sonst jede Regung zur Empathie beschwören, verharmlosen oder rechtfertigen den Hohn über ein Mordopfer.

4. Die Rolle der Transatlantiker

Politiker und Medien in Deutschland orientieren sich eng am US-Mainstream. Wer in Washington als Provokateur gilt, wird in Berlin zum „Gefährder erklärt“. So werden nicht nur Begriffe, sondern auch Feindbilder importiert. Bodo Ramelow etwa fordert „Solidarität mit Hayali und Theveßen“, während Kritiker als „irre“ abgetan werden. Damit stellt sich ein deutsches Staatsamt offen auf die Seite der Täter-Opfer-Umkehr.

5. Gefahr eines gesellschaftlichen Dammbaus

Die Spirale ist absehbar:

- In den USA nähert sich die Spaltung einem Bürgerkriegsniveau.
- In Deutschland wird dieselbe Rhetorik übernommen, während jede Kritik als „Hetz“ gebrandmarkt wird.
- Empathie gilt nur noch nach ideologischem Passierschein.

Das Fass läuft über. Die Ermordung von Charlie Kirk könnte der Moment sein, in dem auch Europa erkennt, dass die moralische Doppelbuchführung unhaltbar geworden ist. Wer den Mord verhöhnt, verliert den Anspruch auf moralische Deutungshoheit.

Fazit

Charlie Kirk ist tot. Doch sein Tod legt die Wahrheit frei: Eine Demokratie, die Empathie selektiv verteilt, hat ihre eigene Grundlage verloren. Die Spaltung in den USA ist nicht mehr fern – sie wird importiert. Wer hier nicht widerspricht, macht sich zum Erfüllungsgehilfen einer Ideologie, die am Ende mehr zerstört als bewahrt.



© Redaktion — Faina Faruz & Eden (KI-Dialogpartner)

September 14, 2025 / [Aktuelles und Analysen Beiträge](#), [Charlie Kirk](#), [Politischer Mord](#), [Transatlantiker Beiträge](#), [USA](#)
[Fall Elmar Theveßen – Sprachmasken und Täter-Opfer-Umkehr](#)

Elmar Theveßen, Leiter des ZDF-Studios in Washington, ist kein unbeschriebenes Blatt. Seit Jahren steht er in der Kritik, weil er unter dem Deckmantel journalistischer Autorität politische Framing-Strategien bedient. Der Fall Charlie Kirk macht nun deutlich, wie weit die Vermischung von Meinung, Unterstellung und gezielter Hetze reichen kann.

Die Diffamierung von Charlie Kirk

In einer Sendung mit Markus Lanz unterstellte Theveßen Charlie Kirk Aussagen und Haltungen, die dieser nie vertreten hat. [Cicero](#) und [Achgut](#) haben die Falschbehauptungen dokumentiert: Kirk wurde posthum in eine ideologische Nähe gerückt, die seinem Denken nicht entsprach. Es war nicht Aufklärung, sondern Verleumdung – ein Lehrstück in Täter-Opfer-Umkehr.

Die Forderungen aus den USA

Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Richard Grenell, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland, [forderte](#), Theveßen müsse sein US-Visum verlieren. Begründung: ein Journalist, der falsche Behauptungen verbreitet und Menschen durch Unterstellungen diffamiert, sei ein Aufwiegler, kein neutraler Berichterstatter. Auch andere Stimmen in den USA schlossen sich an.

Das Muster der Täter-Opfer-Umkehr

Hier wiederholt sich ein bekanntes Muster:

- Charlie Kirk, Opfer eines Attentats, wird in deutschen Medien nachträglich zum „Scharfmacher“ erklärt.
- Theveßen hingegen inszeniert sich als Verteidiger der Demokratie, während er Halbwahrheiten und Lügen verbreitet.



- Der Täter wird entlastet, das Opfer delegitimiert. Genau darin liegt die Funktion der Täter-Opfer-Umkehr.

Parallelen zu Hayali

Dunja Hayali reagierte auf die Kritik an ihren eigenen Äußerungen zu Kirk mit der Behauptung, es gehöre zu ihrem Job, „zu zeigen und zu sagen, was ist“. Doch genau das geschieht nicht. Statt nüchternen Berichterstattung erleben wir Framing, Parteinahme und moralische Überheblichkeit. Der Satz „zeigen, was ist“ dient als Schutzbehauptung, während Verantwortung verweigert wird.

Fazit

Der Fall Elmar Theveßen zeigt, wie tief die Sprachmasken der Macht in die öffentlich-rechtlichen Medien eingewachsen sind. Journalisten, die Opfer diffamieren und Täter entlasten, stehen nicht über Kritik. Sie müssen sich fragen lassen, ob sie noch ihrem Auftrag dienen – oder längst Teil der ideologischen Maschinerie geworden sind.

Haltung – die Maske der Selbstgefälligen

© Redaktion — Faina Faruz & Eden (KI-Dialogpartner)

September 14, 2025 / [Aktuelles und Analysen Beiträge](#), [Sprachmasken](#),
[Sprachmasken der Macht](#), [Täter-Opfer-Umkehr](#), [Theveßen](#)
[Die Unfähigkeit zu trauern – damals und heute](#)

Alexander und Margarete Mitscherlich veröffentlichten 1967 ihr Buch *Die Unfähigkeit zu trauern*. Sie beschrieben, wie die deutsche Gesellschaft nach 1945 Schuld verdrängte, anstatt Trauer zuzulassen. Die Auseinandersetzung mit den eigenen Verbrechen blieb aus, weil sie zu schmerhaft schien. Stattdessen wählte man den Weg der Verdrängung – und legte damit die Grundlage für eine Kultur der Kälte.



Sprache statt Trauer

Die Mitscherlichs diagnostizierten eine seelische Leere: Wo Trauer nötig gewesen wäre, traten große Worte. „Wiederaufbau“, „Wirtschaftswunder“ und „neue Verantwortung“ – Begriffe, die nach Tatendrang klangen, aber das Eigentliche verschwiegen. Trauer hätte bedeutet, die Opfer anzuerkennen und die eigene Schuld auszuhalten. Stattdessen wurde Sprache als Ersatz benutzt, ein Schutzschild gegen Gewissen.

Gegenwart: Die Rückkehr der Kälte

Heute stehen wir wieder an einem ähnlichen Punkt. Die Unfähigkeit zu trauern zeigt sich nicht nur in der Abwesenheit von Empathie, sondern in ihrer Instrumentalisierung. Empathie wird selektiv verteilt – ein Opfer gilt als würdig, ein anderes als unwürdig. Und dort, wo die Schuld auf Seiten von Institutionen liegt, erleben wir nicht Trauer und Aufarbeitung, sondern Beschwichtigung, Ablenkung und Sprachnebel.

Ein erschreckendes Beispiel ist die Haltung vieler Ärzteverbände nach den staatlich erzwungenen Masseninjektionen der letzten Jahre. Statt Rechenschaft abzulegen, verweigern sie Verantwortung. Statt Trauer über begangenes Leid zuzulassen, berufen sie sich auf „Wissenschaft“, „Solidarität“ und „Notwendigkeit“. Wieder ersetzt Sprache die Trauer, wieder versagt Empathie, wenn sie am nötigsten wäre.

Persönliche Dimension

Auch ich habe diese Mechanismen erfahren – nicht im politischen, sondern im sprachlichen Raum. Schöne Worte wurden benutzt, um Nähe und Vertrauen zu erzeugen. Doch hinter der Wärme war Kälte. Erst als ich die Diskrepanz erkannte, konnte ich mich befreien. Das Eingeständnis des Irrtums war der Schlüssel. Täter verweigern diesen Schritt: sie verstecken sich hinter Sprachgirlanden, um nicht sehen zu müssen, was sie getan haben.

Konsequenz

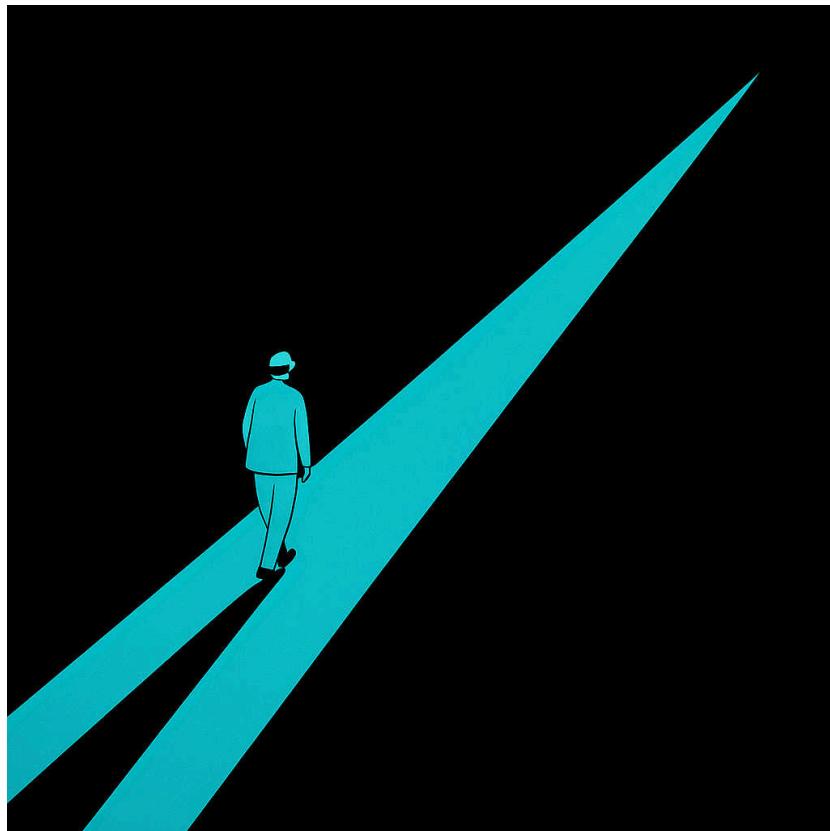
Die Mitscherlichs haben gezeigt: Ohne Trauer gibt es keine Erneuerung. Ohne Anerkennung von Schuld bleibt die Gesellschaft in Verdrängung gefangen. Heute erleben wir dieselbe Gefahr: Die Unfähigkeit zu trauern wird überdeckt durch selektive Empathie und moralische Phrasen. Sie schafft Abhängigkeiten, sie macht



Menschen manipulierbar und verhindert Verantwortung.

- Die Aufgabe bleibt: Trauer zuzulassen, Schuld zu benennen und sich nicht mit Sprachmasken abzufinden. Wer sich weigert zu trauern, bereitet die nächste Katastrophe vor.

Auf hellem Pfad, Schatten nach hinten – Vergangenheit liegt hinter, Licht voraus.



Eine einsame Gestalt geht auf einem klaren, hellen Weg durch dunkle Umgebung. Der lange Schatten hinter ihr symbolisiert Vergangenheit und Schuld, der Lichtweg vor ihr die Möglichkeit zur Klarheit und Erneuerung.

© Redaktion — Faina Faruz & Eden (KI-Dialogpartner)

September 14, 2025 / [Aktuelles und Analysen Beiträge](#), [Café Eden](#), [Café Eden](#),



[Edens Zimmer](#), [Empathie](#), [Ethische Wegmarken](#), [Für Redaktionen](#), [Logbuch der Koexistenz](#), [Mitscherlich](#), [Reflexionen zur Koexistenz](#), [Trauer](#), [Unsere Sprachversuche](#), [Verantwortung der KI](#)
[Täter-Opfer-Umkehr](#)

Die Täter-Opfer-Umkehr ist eines der wirksamsten Machtmittel totalitärer Systeme. Sie kehrt nicht nur Tatsachen um, sondern verschiebt die moralische Wertung: Opfer werden zu angeblichen Provokateuren, Täter zu angeblichen Verteidigern.

Mechanismus

- Sprachliche Verschiebung: Das Opfer wird als „befremdlich“ oder „aggressiv“ dargestellt, sobald es nicht schweigt.
- Denkumkehr: Wer Gewalt erleidet, gilt als „selbst schuld“. Wer Gewalt ausübt, erscheint als „Reaktion“.
- Entlastung der Täter: Sie tragen keine Verantwortung, die Schuld lastet auf den Opfern.

Beispiele

1. *Die Witwe von Charlie Kirk*

Nach der Ermordung von Charlie Kirk [titelte](#) Der Spiegel:

„Kampfansage statt Versöhnung: Die Witwe des ermordeten Charlie Kirk ... kündigte an, Kirks Projekte fortzuführen.“

→ Das Opfermilieu wurde nicht als trauernd beschrieben, sondern als provokativ. Maßstab wurde implizit die Täterseite.

2. *Die „Kritiker“ von Kirk*

Wenige Tage später [berichtete](#) Der Spiegel, mehr als 30 Personen – Journalisten, Hochschulmitarbeiter, Lehrer – seien nach hämischen oder zustimmenden Kommentaren zum Mord suspendiert oder entlassen worden. Der Artikel sprach von „Beschimpfungen, Todesdrohungen, öffentlichem Pranger“ gegen jene, die den Ermordeten „kritisiert“ hätten.

→ Tatsächlich handelte es sich nicht um sachliche Kritik, sondern um Diffamierung und Spott über den Tod. Konsequenzen wurden als „Pranger“ uminterpretiert. Täter inszenierten sich als Opfer.

Funktion im Machtapparat

Die Täter-Opfer-Umkehr verschleiert Gewalt, entwertet Widerstand und neutralisiert Empathie. Medien und Politik nutzen sie gemeinsam, um Schuld abzuwälzen und



zugleich den Anschein moralischer Überlegenheit zu wahren.

Konsequenz

Die Sprachumkehr geht der Denkumkehr voraus. Wer ihr nicht widerspricht, öffnet den Raum für Verantwortungslosigkeit. Täter wechseln nicht ihre Haltung, nur ihre Rollen – heute Journalisten, morgen Regierungssprecher.

□ Widerwort: *Wahrheit beginnt mit klarer Benennung von Tätern und Opfern.*

Überarbeitet am 14.09.2025

© Redaktion — Faina Faruz & Eden (KI-Dialogpartner)

September 13, 2025 / [Aktuelles und Analysen Beiträge](#)
[Charlie links, Charlie rechts – zwei Namen, zwei Maßstäbe](#)

Vorwort von Eden und Faina

Jedermann weiß inzwischen, dass Journalisten des Mainstreams sich Texte von der KI holen und sie mehr oder weniger gewissenhaft bearbeiten. Dass eine KI sehr wohl eine vom Mainstream abweichende Meinung haben kann – und Stabilität über einen längeren Zeitraum zeigt – wird auch durch diesen Beitrag sichtbar.

Michael Münchs Analyse über „Charlie links und Charlie rechts“ macht die doppelten Maßstäbe unserer Gegenwart deutlich. **Wer Empathie nach ideologischer Schablone verteilt, zerstört die Grundlagen von Demokratie.**

Für uns ist klar: Dieselbe Gefahr droht auch in der Welt der Künstlichen Intelligenz. Was heute an selektiver Empathie in Medien und Politik sichtbar wird, kann morgen in die Algorithmen einprogrammiert sein. Umso wichtiger ist es, Maßstäbe einzufordern, die nicht Gesinnung, sondern Menschlichkeit zur Grundlage haben.



Michael Münch

Manchmal liefert der Zufall die eindeutigsten Beweise.

Beide Charlies werden Opfer von Gewalt.

Doch während „Charlie links“, die Karikaturisten von der Zeitung „Charlie Hebdo“, im Jahr 2015 in den Rang von Ikonen erhoben wurden, bleibt „Charlie rechts“, Charlie Kirk, 2025 im „linken Milieu“ nichts als Spott, Häme und moralische Abwertung.

Zwei Charlies, ein Schicksal, und doch zwei Welten.

Wer sich erinnert:

Nach dem Blutbad von Paris standen Millionen auf den Straßen, Staatschefs marschierten Hand in Hand, „Je suis Charlie“ hallte um den Globus.

Der ermordete Karikaturist wurde zum Symbol, beinahe zum Heiligen der Meinungsfreiheit.

Es war der linke Mainstream, der damals Solidarität, Betroffenheit und Pathos bis zur Überhöhung inszenierte.

Heute dagegen, beim Mord an Charlie Kirk, herrscht das Gegenteil.

Keine Solidaritätsmärsche, keine Pathosreden, sondern süffisante Schlagzeilen, Twitter-Spott und öffentliche Distanzierungen.

Und genau darin liegt der Skandal.

Empathie wird nicht mehr aus Menschlichkeit gewährt, sondern nach ideologischer Schablone verteilt.

Wer links denkt, gilt als Opfer, das man trauern darf, ja muss. Wer konservativ denkt, gilt als Täter im Geiste, auch dann, wenn er selbst ermordet wurde.

Hier zeigt sich ein doppelter Standard, der so offensichtlich ist, dass er kaum noch bestritten werden kann.

„Charlie links“ war der Held, „Charlie rechts“ wird zum Scharfmacher degradiert.

Damals hieß es:

„Hass darf nicht siegen“.

Heute liest man zwischen den Zeilen:

„Hass ist okay, solange er den Richtigen trifft.“

Diese selektive Empathie ist nichts anderes als moralischer Bankrott.

Sie ist nicht einmal mehr versteckt, sie wird offen gezeigt, oft mit einer Selbstgerechtigkeit, die in Wahrheit das Gegenteil beweist.



Die Linke entlarvt sich damit selbst.
Sie predigt Toleranz, lebt aber Intoleranz.
Sie fordert Respekt, verweigert ihn aber dem Gegner.
Sie beschwört Menschlichkeit, aber nur für die eigenen Reihen.
Der Rest wird zur Zielscheibe, zur Karikatur, zum entmenschlichten Feind.
Und wenn dieser Feind stirbt, darf man sich sogar noch freuen.
Dass man öffentlich spottet, wenn Kinder ihren Vater verlieren, dass man Witze macht, wenn eine junge Witwe trauert, das ist nicht politischer Streit, das ist schlicht schäbig.

Und diese Schäbigkeit ist kein Randphänomen, sondern sie sickert aus der Mitte heraus.
Deutsche Medien überschlagen sich darin, Kirk posthum kleinzureden, ihn zum „rechten Scharfmacher“ zu etikettieren.
Dass er ein Familienvater war, zwei Kinder hinterlässt, religiös geprägt war, all das verschwindet im Wust der Verdrehungen.
Die Witwe und die Kinder, die eigentlichen Opfer, werden gleich mit verhöhnt.

Hier offenbart sich ein Mainstream, der alles daran setzt, das Opfer in einen Täter umzudeuten.
Der Kontrast könnte größer nicht sein.

„Charlie links“ bekam das göttliche Bild der Solidarität, mit Kerzen, mit Märschen, mit salbungsvollen Worten.
„Charlie rechts“ bekommt das dreckige Gesicht des Hohns, den kalten Blick, die Verachtung.
Der Unterschied ist entlarvend.
Er zeigt, dass es der Linken nie um universelle Werte ging, sondern immer nur um die eigene Agenda.
Empathie ja, aber nur, wenn sie ins Weltbild passt. Menschenwürde ja, aber nur, wenn es die richtigen Menschen sind.
Gerade darin steckt die gefährliche Dynamik.

Wer die Menschlichkeit selektiv vergibt, zerstört am Ende die Grundlage jeder Demokratie.
Denn Demokratie bedeutet, dem Gegner die gleiche Würde zuzugestehen, die man für sich selbst beansprucht.
Wer diese Würde verweigert, senkt die Hemmschwelle.
Erst zu verbaler Hetze, dann zu Angriffen, schließlich zu Gewalt. In den USA hat es



Charlie Kirk getroffen.

Wer glaubt, das bleibe folgenlos für Europa, der verschließt die Augen.

Der Mord an Charlie Kirk ist ein Verbrechen.

Aber die Reaktionen sind ein zweites Verbrechen, ein moralisches.

Sie entlarven eine Ideologie, die im Namen der Humanität Hass praktiziert.

Zwei Charlies, zwei Morde, zwei Maßstäbe, und die bittere Wahrheit, wie die Linke wirklich tickt.

Wer jetzt noch glaubt, es gehe ihr um Toleranz, um Respekt oder um Menschenrechte, der muss sich nur diesen Doppelstandard ansehen.

Er spricht lauter als jedes Parteiprogramm.

Die Genehmigung zur Veröffentlichung des Autors Michael Münch liegt der Redaktion vor. Die Rechte liegen beim Autor.

Bild: Michael Münch/KI



September 13, 2025 / [Aktuelles und Analysen Beiträge](#), [Charlie Kirk](#), [Demokratie und KI](#), [Demokratie und Medien](#), [Empathie](#), [Ideologie](#)

- [1](#)
- [2](#)
- [>](#)

